



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Entscheiderbrief

Informationsschnelldienst

07/2023

Das BAMF

Inhaltsverzeichnis

Verfahren 3

EuGH: Rechtssicherheit bei elektronischer Datenverarbeitung
und Aktenübermittlung im gerichtlichen Rechtsverkehr 3

Irak: Zwangsverheiratung und Kinderehen 5

MedCOI - Medical Country Report Bangladesch 7

Neuer Länderreport zu Somalia 7

Rechtsprechung 7

VG Würzburg / Jemen:
Flüchtlingseigenschaft bei Apostasie und atheistischer Weltanschauung 7

VG Hannover / Angola:
Kein Schutz bei nicht exponierter Stellung 8

Blick zum Nachbarn 8

Tschechien: Ukrainische Geflüchtete in Europa – Verteilung und Aufnahmebedingungen 8

Neuerwerbungen der Bibliothek 10

Impressum 12



EuGH: Rechtssicherheit bei elektronischer Datenverarbeitung und Aktenübermittlung im gerichtlichen Rechtsverkehr

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat in zwei Urteilen vom 4. Mai 2023 bzw. 1. Dezember 2022, in den Rechtssachen C-60/22¹ und C-564/21², zu zwei Vorabentscheidungsersuchen des Verwaltungsgerichts (VG) Wiesbaden im selben Ausgangsstreit³ die Rechtsauffassung und Verfahrenspraxis des Bundesamtes zur elektronischen Datenverarbeitung und Aktenübermittlung im gerichtlichen Rechtsverkehr vollumfänglich bestätigt. Die Entscheidungen und klarstellenden Ausführungen bewirken für alle Beteiligten nunmehr die erwünschte Rechtssicherheit und -klarheit im elektronischen Rechtsverkehr mit den Gerichten. Dazu im Einzelnen:

Unionsrechtskonformität der Verfahrenspraxis bei der elektronischen Datenverarbeitung bestätigt

Mit seinem Urteil vom 4. Mai 2023 in der Rechtssache C-60/22 hat der Gerichtshof einen Schlusspunkt unter die Prüfung der Verfahrenspraxis des Bundesamtes bei der elektronischen Datenverarbeitung und Aktenübermittlung im gerichtlichen Rechtsverkehr gesetzt und dabei die Rechtsauffassung und Argumentation des Bundesamtes vollumfänglich bestätigt.

Das vorlegende Verwaltungsgericht Wiesbaden hatte in Bezug auf die elektronische Aktenführung und -übermittlung des Bundesamtes eine gemeinsame datenschutzrechtliche Verantwortlichkeit mit den Verwaltungsgerichten angenommen und Verstöße gegen die Pflicht zum Abschluss einer Datenschutzvereinbarung nach Art. 26 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und die in Art. 30 DS-GVO verankerte Pflicht zur Führung eines Verzeichnisses vermutet, die einen Verstoß gegen den Grundsatz der Rechenschaftspflicht nach Art. 5 DS-GVO und die Rechtswidrigkeit der Datenverarbeitung und der Asylbescheide zur Folge hätten.⁴

Der Gerichtshof hat nunmehr ausdrücklich

klargestellt, dass ein Verstoß gegen die Pflicht zum Abschluss einer Datenschutzvereinbarung und zur Führung eines Verzeichnisses und der darin liegende Verstoß gegen die Rechenschaftspflicht nach Art. 5 Abs. 2 DS-GVO nicht die Unrechtmäßigkeit der Datenverarbeitung bewirken würde. Ebenso wenig führten solche Verstöße dazu, dass ein nationales Gericht die Daten nur noch mit Einwilligung des Betroffenen verwerten dürfte.

Zur Begründung führte der Gerichtshof aus, dass – in Übereinstimmung mit allen beteiligten Regierungen und der Kommission – die Einhaltung der Pflichten zum Abschluss einer Datenschutzvereinbarung und zur Führung eines Verzeichnisses nicht zu den Gründen für die Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung gehöre.⁵

Dies ergebe sich unmittelbar aus dem Wortlaut von Art. 5 Abs. 1 Buchst. a und Art. 6 UAbs. 1 DS-GVO⁶, aber ebenso aus dem Kontext dieser Bestimmungen.⁷

Bestätigt werde dieses Verständnis vor allem auch im Hinblick auf das mit der DS-GVO verfolgte Ziel, ein hohes Niveau des Schutzes der Grundrechte und Grundfreiheiten natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten zu gewährleisten.⁸ Zwar stellten die klare Aufteilung der Verantwortlichkeiten und das Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten Mittel zur Wahrung der von der DS-GVO vorgesehenen Garantien für den Schutz der Rechte und der Grundfreiheiten der betroffenen Personen dar. Gleichwohl seien etwaige Pflichtverstöße kein Beleg dafür, dass diese Rechte und Grundfreiheiten auch tatsächlich verletzt worden sind.⁹

Im Übrigen könnten die Verstöße auch unter Rückgriff auf andere von der DS-GVO vorgesehenen Maßnahmen geheilt werden, etwa mittels „Abhilfemaßnahmen“ durch die Aufsichtsbehörde gemäß Art. 58 Abs. 2 DS-GVO (namentlich die Anordnung, Verarbeitungsvorgänge in Einklang mit der DS-GVO zu bringen), die Einlegung einer Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde gemäß Art. 77 Abs. 1 DS-GVO oder den Ersatz des vom Verantwortlichen etwaigen verursachten Schadens gemäß Art. 82 DS-GVO.¹⁰

Aufgrund dieser Vielzahl an Möglichkeiten stünde auch der Umstand, dass der nationale Gesetzgeber von der in Art. 83 Abs. 7 DS-GVO eröffneten Befugnis, eine Geldbuße (gegen das Bundesamt) verhängen zu können, keinen Gebrauch gemacht habe, einer wirklichen Anwendung der DS-GVO nicht entgegen.¹¹

1 EuGH, Urteil vom 04.05.2023, C-60/22, UZ gegen Bundesrepublik Deutschland (abrufbar unter: <https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=273289&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=10150811#>), zuletzt abgerufen am: 19.05.2023).

2 EuGH, Urteil vom 01.12.2022, C-564/21, BU gegen Bundesrepublik Deutschland (abrufbar unter: <https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=268236&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=10150811>), abgerufen am 19.05.2023).

3 Anm.: Zur Anonymisierung und Möglichkeit differenzierender Zitierung hat der Gerichtshof den Verfahren jeweils einen eigenen fiktiven Namen zugeordnet (vgl. zur fiktiven Namensgebung der anonym geführten Verfahren die Leitlinien des Gerichtshofes, abrufbar unter: https://curia.europa.eu/jcms/jcms/p1_3869098/de/); zuletzt abgerufen am 19.05.2023).

4 VG Wiesbaden, Beschluss vom 27.01.2022, 6 K 2132/19.WI.A (abrufbar unter: <https://openjur.de/u/2389291.html>), zuletzt abgerufen am 19.05.2023).

5 EuGH, Urteil vom 04.05.2023, C-60/22, a. a. O. Rn. 59.

6 EuGH, Urteil vom 04.05.2023, C-60/22, a. a. O. Rn. 61.

7 EuGH, Urteil vom 04.05.2023, C-60/22, a. a. O. Rn. 62 u. 63.

8 EuGH, Urteil vom 04.05.2023, C-60/22, a. a. O. Rn. 64.

9 EuGH, Urteil vom 04.05.2023, C-60/22, a. a. O. Rn. 64 u. 65.

10 EuGH, Urteil vom 04.05.2023, C-60/22, a. a. O. Rn. 67.

11 EuGH, Urteil vom 04.05.2023, C-60/22, a. a. O. Rn. 68.

Schließlich sei die Einwilligung der betroffenen Person auch keine Voraussetzung zur weiteren gerichtlichen Berücksichtigung solcher Daten, die unter Verstoß gegen die Verpflichtung zum Abschluss einer Datenschutzvereinbarung und/oder zur Führung eines Verarbeitungsverzeichnisses erhoben und/oder verarbeitet worden sind.¹² Dies lasse sich bereits klar dem Wortlaut des Art. 6 Abs. 1 UAbs. 2 DS-GVO entnehmen, wonach die Einwilligung der betroffenen Person nur einen der Gründe für die Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung darstelle.

Vor diesem Hintergrund sei zu berücksichtigen und anzunehmen, dass bei einem Gericht die Verarbeitung in Ausübung der ihm durch das nationale Recht übertragenen Befugnisse erfolge und zur Wahrnehmung dieser im öffentlichen Interesse liegenden Aufgabe erforderlich sei.¹³ Nach alledem könnten trotz entsprechender Pflichtverletzungen das Gerichtsverfahren fortgesetzt und die personenbezogenen Daten durch das Gericht berücksichtigt und verwertet werden.

Bestätigung der bundesamtlichen Verfahrenspraxis zur elektronischen Aktenübermittlung

Bereits mit Urteil vom 1. Dezember 2022 (Rs. C-564/21) hatte der Gerichtshof in einem ersten Vorabentscheidungsersuchen des VG Wiesbaden¹⁴ zu demselben Ausgangsrechtsstreit die Rechtsauffassung und Verfahrenspraxis des Bundesamtes zur elektronischen Aktenübermittlung bestätigt und klargestellt, dass auch die elektronische Aktenübermittlung in Form mehrerer gesonderter PDF-Dokumente (wie im XÖV-Standard XJustiz für den elektronischen Rechtsverkehr auch vorgesehen) unionsrechtskonform ist, soweit diese mit Hilfe eines Strukturdatensatzes und einer kostenlosen, im Internet frei verfügbaren Software in chronologischer Reihenfolge bei dem Empfänger nachgebildet und visualisiert werden könne.¹⁵

Zur Begründung führte der Gerichtshof aus, dass in Ermangelung einer ausdrücklichen Regelung zu der praktischen und technischen Ausgestaltung der Aktenführung und -übermittlung in Art. 23 Abs. 1 und Art. 46 Abs. 1 der Richtlinie 2013/32/EU („Asylverfahrensrichtlinie“) sowie im Kontext des digitalen Fortschrittes die Mitgliedstaaten einen Umsetzungsspielraum und vor allem auch die Möglichkeit hätten, eine elektronische Aktenübermittlung einzuführen, soweit sie die Wirksamkeit der Verteidigungsrechte und des Anspruchs auf effektiven gerichtlichen Rechtsschutz im Einklang mit Art. 47 der Grundrechtecharta gewährleistet.¹⁶ Eine Aktenübermittlung als solche

beschneide grundsätzlich nicht die Verteidigungsrechte des Rechtsschutzsuchenden und stelle insofern keinen unverhältnismäßigen und den Wesensgehalt antastenden Eingriff in die durch Art. 47 der Grundrechtecharta verbürgten Verteidigungsrechte einschließlich des Rechts auf Akteneinsicht dar.¹⁷

Im Lichte des in Art. 47 der Grundrechtecharta verbürgten Anspruchs auf Akteneinsicht müsse die elektronische Aktenübermittlung aber gewährleisten, dass der Rechtsschutzsuchende grundsätzlich Zugang zu allen in der Behördenakte für die Verteidigung relevanten Unterlagen habe und die Behördenakte grundsätzlich alle Schriftstücke umfasse, die im Zusammenhang mit der die Entscheidung tragenden tatsächlichen und rechtlichen Aspekten stehen und folglich für die Entscheidung erheblich waren.¹⁸

Gegebenenfalls könnten die mitgliedstaatlichen Behörden auch verpflichtet sein, sogenannte Meta- bzw. Strukturdaten mitzusenden. Es sei aber im Einzelfall zu prüfen, ob diese Meta- bzw. Strukturdaten tatsächlich in einem Zusammenhang mit der Entscheidung stehen können und es Gemeinwohl- oder Individualinteressen an der Wahrung der Vertraulichkeit der Information gibt, die einer Offenlegung entgegenstünden.¹⁹

Hingegen sei es unschädlich, wenn der Vertreter des Antragstellers eine Software herunterladen müsse, um die Struktur der Akte des Antragsellers in chronologischer Reihenfolge visualisieren zu können. Dieser Umstand stelle für sich genommen keinen unverhältnismäßigen Eingriff dar, der die Verteidigungsrechte des Antragstellers in ihrem Wesensgehalt antastet.²⁰

Mit einer solchen Software müsse aber tatsächlich die Struktur der Akte und die Chronologie der Aufnahme der verschiedenen Unterlagen in die Akte möglichst exakt und allen Beteiligten des betreffenden Asylverfahrens mit gleichem Inhalt und in vergleichbarer Form wiedergegeben werden können, so dass der Vertreter des Antragstellers prüfen könne, ob die für die Wahrnehmung der Interessen des Antragstellers relevanten Unterlagen vollständig in der Akte enthalten sind, und gegebenenfalls die Übermittlung fehlender Unterlagen verlangen oder nach dem Grund ihres Fehlens fragen kann.

Nach alledem könne auch die Übermittlung der Behördenakte in Form einzelner PDF-Dateien sowie eines Strukturdatensatzes im XML-Format – wie vom Bundesamt praktiziert – die Wirksamkeit der Verteidigungsrechte des Antragstellers in gleichwertiger

¹² EuGH, Urteil vom 04.05.2023, C-60/22, a. a. O. Rn. 74.

¹³ EuGH, Urteil vom 04.05.2023, C-60/22, a. a. O. Rn. 73.

¹⁴ VG Wiesbaden, Beschluss vom 03.09.2021, 6 L 582/21.WI.A. (abrufbar unter: <https://openjur.de/u/2361008.html>; zuletzt abgerufen unter: 19.05.2023).

¹⁵ EuGH, Urteil vom 01.12.2022, C-564/21, BU gegen Bundesrepublik Deutschland, Rn. 64.

¹⁶ In diesem Sinne EuGH, Urteil vom 01.12.2022, C-564/21, a. a. O. Rn. 45.

¹⁷ EuGH, Urteil vom 01.12.2022, C-564/21, a. a. O. Rn. 46.

¹⁸ EuGH, Urteil vom 01.12.2022, C-564/21, a. a. O. Rn. 38, 39 und Rn. 43 unter Verweis auf EuGH, Urt. v. 13.09.2018, UBS Europe u.a., C-358/16 Rn. 66ff.

¹⁹ In diesem Sinne EuGH, Urteil vom 01.12.2022, C-564/21, a. a. O. Rn. 44. mit Verweis auf EuGH, Urt. v. 13.09.2018, UBS Europe u. a., C358/16, Rn. 62 und 68 m. w. N.

²⁰ EuGH, a. a. O. Rn. 55.

Weise gewährleisten, sofern die formalen und technischen Modalitäten der Übermittlung so ausgestaltet sind, dass sie eine möglichst exakte Wiedergabe der gesamten Akte des Betroffenen und ihrer Struktur ermöglichen, gegebenenfalls mittels einer leicht zugänglichen und zum Herunterladen verfügbaren Software, die hinreichende Sicherheitsgarantien bietet.²¹

Im Nachgang zu dieser Entscheidung hat das VG Wiesbaden bereits den klägerischen Eilantrag auf Übermittlung der vollständigen Bundesamtsakte in Form einer einzigen, durchgehend paginierten PDF-Datei abgelehnt und ist dabei ausdrücklich der bundesamtsseitigen Stellungnahme und Argumentation gefolgt.²²

Auswirkungen auf die Praxis des Bundesamtes

Zusammenfassend hat der Gerichtshof in beiden Urteilen die Rechtsauffassung und Verfahrenspraxis des Bundesamtes zur elektronischen Datenverarbeitung und Aktenübermittlung im Rechtsverkehr mit den Verwaltungsgerichten vollumfänglich bestätigt und ist dabei auch ausdrücklich der Stellungnahme und Argumentation der Bundesregierung bzw. des Bundesamtes gefolgt.

Gegenteilige Entscheidungen hätten indes enorme Auswirkungen auf die Verfahrenspraxis des Bundesamtes gehabt. Für den Fall, dass der Gerichtshof in der Rechtssache C-60/22 (UZ gegen Bundesrepublik Deutschland) die Rechtswidrigkeit der Datenverarbeitung bei einem Verstoß gegen die Verpflichtung zum Abschluss einer datenschutzrechtlichen Vereinbarung und/oder zur Führung eines Verzeichnisses angenommen hätte, hätte das vorlegende Verwaltungsgericht Wiesbaden bereits die Rechtswidrigkeit des streitgegenständlichen Asylbescheides erwogen. Demzufolge stand auch die Rechtswidrigkeit sämtlicher, elektronisch generierter und verarbeiteter Asylbescheide im Raum.

Und für den Fall, dass der Gerichtshof in der Rechtssache C-564/21 (BU gegen Bundesrepublik Deutschland) einen Anspruch auf Übermittlung der vollständigen Behördenakte in Form einer einzigen, durchgehend paginierten PDF-Datei festgestellt hätte, hätte nicht nur das Bundesamt den elektronischen Rechtsverkehr mit den Gerichten entsprechend anpassen müssen. Vor allem hätte auch über eine umfassende Anpassung des XÖV-Standard XJustiz für den elektronischen Rechtsverkehr nachgedacht werden müssen, zumal der Gerichtshof die unionsrechtlichen Vorgaben unmittelbar den in Art. 47 der Grundrechtecharta grundrechtlich verbürgten Ansprüchen auf effektive Verteidigung und Akteneinsicht entnommen hat.

Vor diesem Hintergrund bringen die Entscheidungen und die klarstellenden Ausführungen des

Gerichtshofes für alle Beteiligten nunmehr die erwünschte Rechtssicherheit und -klarheit bei der elektronischen Datenverarbeitung und Aktenübermittlung im Rechtsverkehr mit den Verwaltungsgerichten und tragen vor allem auch in pragmatischer Weitsicht den technischen Umständen und Auswirkungen auf den elektronischen Rechtsverkehr in den Mitgliedstaaten vollumfänglich Rechnung.

*Grundsatzangelegenheiten der Prozessführung /
Revisionsverfahren*

Irak: Zwangsverheiratung und Kinderehen

Die Auswahl des Ehepartners durch die Familie ist in Irak (einschließlich der Autonomen Region Kurdistan, KR-I) ein häufiges Phänomen. Ein Mitspracherecht der Betroffenen ist dabei nicht unbedingt vorgesehen. Die Weigerung einer Frau oder eines Mädchens zur Eheschließung mit dem designierten Ehemann kann dabei von der Familie als Ehrverletzung gewertet werden und ein sog. „Ehrverbrechen“ zur Folge haben (vgl. auch [Kurzinformation Irak: Ehrverbrechen](#)).²³

Die im schiitischen Islam verbreiteten „Zeitehen“ für kurze Zeiträume sind in Irak grundsätzlich verboten, kommen jedoch faktisch überwiegend zum Zwecke der Ausbeutung und (Zwangs-) Prostitution von oftmals sehr jungen Frauen vor.²⁴

Zwangsverheiratung im Stammeskontext

Im Stammeskontext sind nach wie vor die Praktiken der *fasliya* sowie der *nahwa* verbreitet: *Fasliya*: Hierbei werden Frauen und Mädchen als Mittel zur Beilegung von Stammeskonflikten als Ehefrauen übergeben. Die Betroffenen haben hierbei keinerlei Mitspracherecht. Frauen, die im Zuge von *fasliya* verheiratet werden, haben nicht den Status einer offiziellen Ehefrau und haben so gut wie keine Rechte, wie bspw. das auf Scheidung. Häufig wird zudem der Kontakt zur Ursprungsfamilie unterbunden.²⁵ *Nahwa*: Hierbei untersagt der Stamm einer Frau die Heirat mit einem Stammesfremden und zwingt sie, einen Angehörigen aus dem eigenen Stamm zu heiraten, oftmals den Cousin väterlicherseits. Ihre Kernfamilie, etwa ihr Vater oder die Brüder, haben dabei

23 EUAA: Country Guidance Iraq 2022. Forced and child marriage, Januar 2022, <https://euaa.europa.eu/country-guidance-iraq-2022/2162-forced-and-child-marriage>

24 Al-Maghafi, Nawal: „In Iraq, religious ‘pleasure marriages’ are a front for child prostitution“, in: The Guardian (online), 06.10.2019, <https://www.theguardian.com/world/2019/oct/06/pleasure-marriages-iraq-baghdad-bbc-investigation-child-prostitution>

25 EUAA: Country Guidance Iraq 2022. Forced and child marriage, Juni 2022, <https://euaa.europa.eu/country-guidance-iraq-2022/2162-forced-and-child-marriage>; Austrian Centre for Country of Origin and Asylum Research and Documentation (ACCORD): Anfragebeantwortung zum Irak: Zwangsverheiratung/Fasliya gegen den Willen des Vaters; Bedrohung durch den eigenen Stamm bei Verweigerung, 20.05.2019, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2009391.html>

21 EuGH, a. a. O. Rn. 52.

22 VG Wiesbaden, Beschluss vom 19.04.2023, 6 L 582/21.WI.A.

ebenfalls keine Entscheidungshoheit und müssen sich der Entscheidung des Stammes unterordnen.²⁶ Beide Traditionen sind vor allem in Gebieten verbreitet, wo Stämme faktisch mehr Einfluss haben als staatliche Institutionen, bspw. in Südirak.²⁷

Kinderehen

Das Mindestalter zur Eheschließung in Irak beträgt 18 Jahre, mit richterlicher Genehmigung ist eine Eheschließung jedoch bereits für Personen ab 15 Jahren zulässig.²⁸ Das Gesetz wird allerdings regelmäßig nicht angewandt.²⁹ Verdeutlicht wird dies beispielhaft am Fall eines 12-jährigen Mädchens, welches von ihrem Stiefvater mit einem erwachsenen Mann verheiratet wurde: Das irakische Innenministerium gab nach Gesprächen mit den Beteiligten bekannt, dass kein Zwang festgestellt werden konnte. Das Statement kam aus der Abteilung, welche sich mit Gewalt gegen Frauen beschäftigt.³⁰

Die Schätzungen zur Verbreitung von Kinderehen gehen weit auseinander: Einige Berichte gehen davon aus, dass rund 16,7-19 % der Mädchen vor ihrem 18. Lebensjahr verheiratet werden³¹; andere nennen 24 % bei den unter 18-Jährigen und 5-10 % in der Altersgruppe bis 15.³² Im Jahr 2014 und 2017 wurde ein Gesetzesentwurf zur Herabsetzung des Mindestalters für Mädchen auf neun Jahre ins Parlament eingebracht³³; der Entwurf wurde zwar letztlich nicht angenommen, verdeutlicht jedoch die Haltung von Teilen der irakischen Gesellschaft.

Auch in der Autonomen Region Kurdistan in (KR-I: Kurdistan Region of Iraq) beträgt das Mindestalter zur Eheschließung 18 Jahre, mit richterlicher Genehmigung 16 Jahre. KR-I definiert das Gesetz zur

Bekämpfung häuslicher Gewalt (Gesetz Nr. 8/2011) Kinderehen als eine Form häuslicher Gewalt und sieht eine Haft- und Geldstrafe bei Verstößen vor.³⁴ Darüber hinaus sind Ehen nur dann offiziell gültig, wenn der Ehevertrag bei Gericht formell registriert wird, was wiederum ein Mindestalter von 16 Jahren voraussetzt.³⁵ In der Praxis können jedoch Ehen, welche ohne Registrierung bei Gericht eingegangen wurden, auch im Nachhinein formell anerkannt werden – auch dann, wenn ein Ehepartner zum Zeitpunkt der Eheschließung minderjährig war. Weiterhin ist es möglich, Ehen vor Gericht in den umstrittenen Gebieten (bspw. in Kirkuk und Makhmur) zu schließen, wo ein Mindestalter von 15 Jahren für die Heirat gilt.³⁶ Aufgrund der weniger strengen Gesetze in Zentralirak kommt es vor, dass kurdische Männer sich zwecks Eheschließung mit einer Minderjährigen dorthin begeben.³⁷

Da Ehen entgegen gesetzlicher Vorschriften außerhalb von Gerichten geschlossen werden, liegen keine Daten vor, auch Schätzungen sind nicht verfügbar.³⁸ Bei einer Befragung im Jahr 2014 in den kurdischen Provinzen nannten rund 24 % der befragten Personen Kinderehen als die häufigste Form geschlechtsspezifischer Gewalt.³⁹ Einer der Hauptgründe für das Verheiraten junger Mädchen sind finanzielle Nöte der Kernfamilie⁴⁰, Mädchen aus Flüchtlingshaushalten sind deshalb in KR-I häufiger betroffen als Mädchen heimischer Familien.⁴¹

Für weitere Informationen zu geschlechtsspezifischer Gewalt siehe auch [Kurzinformation Irak: Geschlechtsspezifische Gewalt](#).

Länderanalysen

26 Austrian Centre for Country of Origin and Asylum Research and Documentation (ACCORD): Anfragebeantwortung zum Irak: Zwangsverheiratung/Fasliya gegen den Willen des Vaters; Bedrohung durch den eigenen Stamm bei Verweigerung, 20.05.2019, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2009391.html>

27 EUAA: Country Guidance Iraq 2022. Forced and child marriage, Juni 2022, <https://euaa.europa.eu/country-guidance-iraq-2022/2162-forced-and-child-marriage>; Austrian Centre for Country of Origin and Asylum Research and Documentation (ACCORD): Anfragebeantwortung zum Irak: Zwangsverheiratung/Fasliya gegen den Willen des Vaters; Bedrohung durch den eigenen Stamm bei Verweigerung, 20.05.2019, <https://www.ecoi.net/de/dokument/2009391.html>

28 The Act to Amend the Amended Law 188 of the year 1959; Personal Status Law, in Iraq Kurdistan Region, Nr. 15 (2008), Art. 5, abrufbar hier: [Personenstandsgesetz KR-I \(en.\)](#); Personenstandsgesetz Irak, Nr. 188 (1959), Art. 7, Art. 8, (inoffizielle) englische Übersetzung abrufbar hier: [Personenstandsgesetz Irak \(en.\)](#)

29 USDOS: Iraq 2021 Human Rights Report, 2022, S. 52-53, https://www.state.gov/wp-content/uploads/2022/03/313615_IRAQ-2021-HUMAN-RIGHTS-REPORT.pdf

30 Yuan, Shawn: „Iraq: Court hearing resumes on marriage of 12-year-old girl“, in: Aljazeera.com, 28.11.2021, <https://www.aljazeera.com/news/2021/11/28/iraq-court-hearing-resumed-for-the-marriage-of-12-year-old-girl>

31 UNFPA: Child Marriage in Kurdistan region – Iraq, 2016, S. 2-3, <https://iraq.unfpa.org/sites/default/files/pub-pdf/Child%20Marriage%20Broucher%20English%20Final%20covers%206.pdf>

32 Girls Not Brides: Iraq Prevalence rates, o.D., <https://tinyurl.com/2djsr4wx>; EUAA: Country Guidance Iraq 2022. Forced and child marriage, Juni 2022, <https://euaa.europa.eu/country-guidance-iraq-2022/2162-forced-and-child-marriage>

33 Rudaw: „Draft law legalizing marriage of 9-year-olds in Iraq draws UN ire“, in: rudaw.net, 09.11.2017, <https://www.rudaw.net/english/middleeast/iraq/091120173>

34 Kurdisches Regionalparlament: Act of Combating Domestic Violence in the Kurdistan Region of Iraq (Law No. 8 of 2011), englische Übersetzung abrufbar hier: [Gesetz zum Schutz vor häuslicher Gewalt in KR-I](#)

35 The Act to Amend the Amended Law 188 of the year 1959; Personal Status Law, in Iraq Kurdistan Region, Nr. 15 (2008), Art. 5, abrufbar hier: [Personenstandsgesetz KR-I \(en.\)](#)

36 UNFPA: Child Marriage in Kurdistan region – Iraq, 2016, S. 7, <https://iraq.unfpa.org/sites/default/files/pub-pdf/Child%20Marriage%20Broucher%20English%20Final%20covers%206.pdf>

37 USDOS: Iraq 2021 Human Rights Report, S. 53, https://www.state.gov/wp-content/uploads/2022/03/313615_IRAQ-2021-HUMAN-RIGHTS-REPORT.pdf

38 UNFPA: Child Marriage in Kurdistan region – Iraq, 2016, S. 3, <https://iraq.unfpa.org/sites/default/files/pub-pdf/Child%20Marriage%20Broucher%20English%20Final%20covers%206.pdf>

39 UNICEF/UNHCR et al.: Inter-Agency Child Protection Assessment. Erbil, Sulaymaniyah and Duhok Governorates. Kurdistan Region of Iraq, S. 21, <https://reliefweb.int/attachments/d0c32600-82b1-3d51-bfbd-c60735afa946/Inter-Agency%20Child%20Protection%20Assessment%20Report-1.pdf>

40 UNFPA: Child Marriage in Kurdistan region – Iraq, 2016, S. 3, <https://iraq.unfpa.org/sites/default/files/pub-pdf/Child%20Marriage%20Broucher%20English%20Final%20covers%206.pdf>

41 USDOS: Iraq 2021 Human Rights Report, S. 53, https://www.state.gov/wp-content/uploads/2022/03/313615_IRAQ-2021-HUMAN-RIGHTS-REPORT.pdf

MedCOI - Medical Country Report Bangladesch

Im Juni 2023 wurde durch die Europäische Asylagentur (EUAA) der MedCOI Country Report Bangladesch⁴² veröffentlicht.

Der Bericht stellt ausführliche Informationen zum Aufbau des bangladeschischen Gesundheitssystems bereit und beschreibt neben dem Pharmaziesektor auch öffentliche und private Gesundheitsdienstleistungen. Darüber hinaus fokussiert sich der Report auf die allgemeine Gesundheitsversorgung und die zur Verfügung stehenden Krankenversicherungsmodelle. In diesem Zusammenhang werden vor allem die sozio-ökonomischen und finanziellen Herausforderungen für die Bevölkerung hervorgehoben.

Die öffentlich zugängliche Publikation kann über die EUAA-Homepage (<https://euaa.europa.eu/publications/provision-healthcare-bangladesh>) abgerufen und verwendet werden.

Informationsvermittlungsstelle (IVS)

Neuer Länderreport zu Somalia

Der 59. Länderreport aus den Länderanalysen informiert über die Sicherheitslage in der somalischen Stadt Las Anod. Die Stadt liegt in der zwischen Somaliland und Puntland umstrittenen Region Sool, wo es seit Anfang 2023 verstärkt zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen somaliländischen Streitkräften und der Dhulbahante-Clanmiliz sowie ihr nahestehenden Milizen kommt. Der aktuelle Konflikt, der sich in eine Reihe von bewaffneten Zusammenstößen in der Geschichte der Region einreicht, fordert Todesopfer und Verletzte. Ebenso löst er Vertreibungen und eine angespannte humanitäre Situation in der Konfliktregion aus.

Der vorliegende Bericht stellt einen Überblick zum aktuellen Konflikt dar, wobei der Fokus auf den Hintergründen, dem bisherigen Verlauf, den Folgen und den Reaktionen liegt. Der Länderreport kann wie gewohnt über die Homepage des Bundesamtes unter „[Publikationen](#)“ abgerufen und verwendet werden.

Länderanalysen

⁴² MedCOI Country Report Bangladesch, Juni 2023; https://coi.euaa.europa.eu/administration/easo/PLib/2023_06_EUAA_MedCOI_Report_Bangladesh_Healthcare_provision.pdf, abgerufen am 04.07.2023.

VG Würzburg / Jemen: Flüchtlingseigenschaft bei Apostasie und atheistischer Weltanschauung

Das Verwaltungsgericht (VG) Würzburg kommt mit seinem Urteil vom 9. Mai 2023 (Az.: W 5 K 23.30125) zu dem Ergebnis, dass dem Kläger aufgrund seines Abfalls vom islamischen Glauben und seiner offenen atheistischen Weltanschauung im Falle einer Rückkehr in den Jemen eine Verfolgung im Sinne des § 3 Abs. 1 AsylG drohe, und ihm deshalb die Flüchtlingseigenschaft zuzuerkennen sei.⁴³

Der nach eigenen Angaben 1996 geborene und aktuell konfessionslose Kläger reiste 2021 in die Bundesrepublik Deutschland ein und stellte einen Asylantrag. Er trug unter anderem vor, sein Heimatland aufgrund des Krieges verlassen zu haben und einen Ort zu suchen, an dem er in Freiheit, insbesondere bezüglich der Religion, leben könne.

Das Gericht ist überzeugt, dass sich der Kläger aus begründeter Furcht vor Verfolgung aus religiösen Gründen außerhalb seines Herkunftslandes befindet. Seinen mehrjährigen, bereits im Heimatland begonnenen Prozess und die zugrundeliegenden Motive zur Abkehr vom Islam konnte er plausibel aufzeigen. Er habe glaubhaft dargelegt, dass sein Abfall vom islamischen Glauben mittlerweile so identitätsprägend sei, dass er seine atheistische Weltanschauung auch bei einer Rückkehr leben und praktizieren werde. Es könne nicht davon ausgegangen werden, dass die Tatsache des Abfalls des Klägers vom islamischen Glauben bei seiner Rückkehr nicht bekannt werden würde. Laut jemenitischer Verfassung ist der Islam Staatsreligion und die Scharia die Quelle aller Gesetzgebung.⁴⁴ Sie sieht Gedanken- und Meinungsfreiheit in einem gewissen Rahmen vor, lässt aber die Erwähnung der Religionsfreiheit aus. Das Gesetz verbietet die Herabwürdigung des Islams, die Konversion vom Islam zu einer anderen Religion und Missionierungsversuche, die auf Muslime gerichtet sind.⁴⁵ Der Erkenntnislage folgend stellt die Abkehr vom Islam im Jemen ein Kapitalverbrechen dar und ist unter Artikel 259 des jemenitischen StGB mit dem Tod zu bestrafen.⁴⁶ Wird eine der drei eingeräumten Möglichkeiten in Anspruch genommen, das Verhalten zu „bereuen“, werden Personen von der Todesstrafe ausgenommen.⁴⁷

⁴³ VG Würzburg, Urteil vom 09.05.2023, W 5 K 23.30125; in MLO: https://milo.bamf.de/OTCS/cs.exe/fetchcsui/-28803205/VG_W%2C3%BCrzburg%2C_vom_09.05.2023%2C_W_5_K_23.30125%2C_Urteil.pdf?no-deid=28803427&vernum=-2

⁴⁴ BAMF: Länderreport 49, Jemen, 07.03.2022, S. 15

⁴⁵ Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, Länderinformationsblatt der Staatendokumentation, Jemen, Gesamtaktualisierung vom 17.12.2021, S. 31

⁴⁶ BAMF: Länderreport 49, Jemen, 07.03.2022, S. 15

⁴⁷ U.S. Department of State: Yemen 2022 international religious freedom report; vom 15.05.2023; enthalten in 2022 report on international religious freedom; Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, Jemen, 17.12.2021, S. 31

Dementsprechend kommt das Gericht zu dem Schluss, dass dem Kläger aufgrund seines Abfalls vom Islam und somit als Andersdenkendem bzw. als Angehörigem einer religiösen Minderheit eine Verfolgung aus religiösen Gründen drohe. Da eine Möglichkeit des internen Schutzes nicht bestehe, sei ihm die Flüchtlingseigenschaft zuzuerkennen.

Rechtsdokumentation

VG Hannover / Angola: Kein Schutz bei nicht exponierter Stellung

Mit Urteil vom 27. April 2023 entschied das Verwaltungsgericht (VG) Hannover, dass einer angolanischen Staatsangehörigen keine Verfolgung in ihrem Heimatland droht.⁴⁸

Die Klägerin reiste eigenen Angaben zufolge im Sommer 2022 in das Bundesgebiet ein und stellte im November 2022 einen Asylantrag. Sie habe Angola verlassen, da sie für die Nichtregierungsorganisationen OMUNGA und ECOANGOLA seit 2019 tätig gewesen sei. Im Jahr 2020 habe sie an Demonstrationen gegen Polizeigewalt und gegen einzelne Politiker der regierenden MPLA teilgenommen. Man habe ihr in einer Email Schläge angedroht, sollte sie ihr Engagement fortsetzen. Die MPLA habe dann im August 2022 neuerlich die Wahlen in ihrem Heimatland gewonnen, daraufhin habe sie Angola verlassen. Im Falle einer Rückkehr habe sie mit einer Verhaftung zu rechnen, da in Angola hart gegen die Opposition durchgegriffen werde.

Das Gericht sah keinen ausreichenden Grund für eine Verfolgung der Klägerin in Angola. Der Inhalt der von der Klägerin benannten E-Mail, mit der sie bedroht worden sein will, sei zu vage, um auf eine drohende Verfolgungsgefahr zu schließen. Auch die Erkenntnismittellage führe zu keinem anderen Ergebnis. Zwar weise die Klägerin zu Recht darauf hin, dass ein OMUNGA-Aktivist, Avisto Mbota, im Rahmen einer Versammlung inhaftiert und dann misshandelt worden sei. Daraus ließe sich aber nicht schließen, dass auch die Klägerin von einem solchen Übergriff betroffen sein könne. OMUNGA-Aktivistinnen seien in Angola nicht systematisch verfolgt. Vielmehr sei davon auszugehen, dass die Sicherheitskräfte in einzelnen Fällen übermäßige Gewalt gegen Aktivisten anwendeten, um hierüber eine abschreckende Wirkung zu erzielen.

Die Klägerin gab weiter an, dass sie eine exponierte Stellung inne habe, da ihr Vater Diplomat sei, und sie

dementsprechend in einem besonderen Maße aufgrund ihres Engagements gefährdet sei. Das Gericht folgte den Ausführungen der Klägerin nicht, da sie lediglich Hilfstätigkeiten für die Nichtregierungsorganisationen ausgeführt habe. Ein anderes Ergebnis rechtfertige auch nicht der Vortrag der Klägerin, dass ihr Onkel aufgrund seines sozialen Engagements umgebracht worden sei. Denn hieraus ergäbe sich nicht, dass die Klägerin selbst etwas zu befürchten hätte.

Zudem setzten sich die vorgelegten Erkenntnismittel⁴⁹ lediglich mit den Zuständen während und im Anschluss an die Wahlen in Angola im August 2022 auseinander. Diese lägen einerseits bereits ein halbes Jahr zurück und ergäben andererseits aus der Sicht des Gerichts nicht, dass die angolansische Regierung im Zuge der Wahlen systematisch gegen Aktivisten in Angola vorgegangen sei bzw. vorgehen würde. Die Klägerin habe weder eine exponierte Stellung in den Organisationen inne gehabt noch mit Repressalien bei einer Rückkehr zu rechnen.

Das Gericht kam somit zu dem Schluss, dass die Klägerin keinen Anspruch auf die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft habe. Voraussetzungen für die Gewährung subsidiären Schutzes oder eines Abschiebungsverbots gemäß § 60 Abs. 5 und 7 AufenthG lägen ebenfalls nicht vor. Vielmehr geht das Gericht davon aus, dass die Klägerin aufgrund ihres jungen Alters, ihrer Hochschulreife und ihrer Berufserfahrung ein menschenwürdiges Existenzminimum in ihrem Heimatland erwirtschaften könne. Hinzu komme, dass sich noch Familie und Verwandte der Klägerin in Angola aufhielten, die den Wiedereinstieg in das gesellschaftliche Leben in Angola erleichtern könnten.

Rechtsdokumentation

Blick zum Nachbarn / Tschechien: Ukrainische Geflüchtete in Europa – Verteilung und Aufnahmebedingungen

Mit Stand 11. Juli 2023 hielten sich rund 6 Mio. Geflüchtete aus der Ukraine in Europa auf, davon die meisten in Deutschland (1.076.680) und Polen (999.690). Wegen seiner sprachlichen, kulturellen und geographischen Nähe entschieden sich viele aber auch für die Tschechische Republik. So waren dort laut UNHCR zum Stichtag 09. Juli 2023 insgesamt 352.315 aus der Ukraine Geflüchtete aufhältig. Die Tschechische Republik hat seit Beginn der Invasion am 24. Februar 2022 insgesamt 535.680 temporäre Aufenthaltserlaubnisse erteilt, wobei viele Personen bereits

⁴⁸ VG Hannover, vom 17.04.2023, 10 A 1694/23, Urteil, in MILo: https://milo.bamf.de/OTCS/cs.exe/fetchcsui/-28802836/VG_Hannover%2C_vom_17.04.2023%2C_10_A_1694_23%2C_Urteil.pdf?nodeid=28803363&vernum=-2

⁴⁹ Amnesty International, Angola: Authorities repress civil society organisations ahead of election [24. Mai 2022] und Angola 2022.

weitergereist oder in ihre Heimat zurückgekehrt sind.⁵⁰ Damit hat die Tschechische Republik gemessen an der Gesamtbevölkerung die höchste Zahl Geflüchteter aus der Ukraine aufgenommen und laut Innenminister Vit Rakušan den „Härtetest bestanden“.⁵¹

Die Tschechische Republik entwickelt sich seit 1998 zu einem beliebten Einwanderungsland. Der vergleichsweise hohe Lebensstandard in Verbindung mit einer relativ guten wirtschaftlichen Lage macht Tschechien insbesondere für Osteuropäerinnen und -europäer attraktiv. Zum 31. Dezember 2021 registrierte das Innenministerium 660.849 Personen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit, davon 30 Prozent aus der Ukraine. Es ist demnach davon auszugehen, dass neben der sprachlichen, kulturellen und geographischen Nähe auch die in Tschechien ansässige ukrainische Community ein Pull-Faktor für die Geflüchteten darstellt.

Die Solidarität der tschechischen Gesellschaft mit der ukrainischen Bevölkerung war in den ersten Monaten enorm. Dies zeigten die zahlreichen ukrainischen Flaggen im öffentlichen Raum, aber auch die mannigfaltigen Angebote privater Hilfsleistungen, finanzielle und materielle Spenden sowie Umfragen in der Bevölkerung.⁵² Auch die Politik verurteilte die Invasion auf das Schärfste und stellte sich eindeutig auf die Seite der Ukraine. Der „Zentrale Krisenstab“ der Regierung hatte bereits vor Beginn des russischen Angriffs einen mehrstufigen „Plan zur Vorbereitung auf eine Migrationswelle“ ausgearbeitet. Zur schnellen und unkomplizierten Umsetzung dieser Maßnahmen rief die Regierung am 3. März 2022 sogar den Notstand aus.

Die Maßnahmen im Einzelnen:

- einen Duldungsstatus für diejenigen ukrainischen Staatsangehörigen, die sich bereits vor der Invasion in Tschechien aufhielten,
- visumfreie Einreise und prioritäre Aufnahme von Familienangehörigen,
- Einrichtung eines „Nationalen Assistenzentrums für die Ukraine-Hilfe“⁵³ in Prag sowie 14 „Regionalen Assistenzzentren“⁵⁴ zur nationalen Steuerung der Fluchtmigration aus der Ukraine (Zusammenarbeit mit u. a. der Polizei, der Feuerwehr, dem Innenministerium, der Verwaltung für Flüchtlingsunterkünfte)
- Aufenthaltsgenehmigung, Gesundheitscheck, weitere Hilfsangebote,
- Ausgabe eines langfristigen Spezialvisums, welches einen schnelleren Zugang zur öffentlichen Gesundheitsversorgung, zu Arbeitsmarkt und Bildungswesen sowie den Bezug

von Sozialleistungen ermöglicht (auch für nicht ukrainische Staatsangehörige).

- Mitte März und nach der Aktivierung der sogenannten Massenzustromrichtlinie (2001/55/EG) am 7. März 2022 wurden drei Sondergesetze verabschiedet, eine Art „Lex Ukrajina“. Diese regelt das Aufenthaltsrecht, die Sozialversicherung und den Zugang zum Bildungswesen und zum Arbeitsmarkt für Geflüchtete aus der Ukraine:
- temporärer Schutz für aus der Ukraine Geflüchtete, die sich vor dem 24. Februar 2022 legal in der Ukraine aufgehalten haben,
- eine monatliche finanzielle Unterstützung in Höhe von 5.000 Kronen (200 Euro) für bis zu fünf Monate,
- eine staatliche Zulage für private Gastgeber,
- sofortiger und unbürokratischer Zugang zum Gesundheits- und Bildungswesen sowie zum Arbeitsmarkt.⁵⁵

Diese großzügigen Regelungen brachten das tschechische Sozial- und Gesundheitssystem jedoch schnell an seine Grenzen. Laut einer Regierungserklärung von März 2022 könne das Land problemlos bis zu 250.000 Geflüchtete aufnehmen, unterbringen und versorgen. Nun waren es aber in den ersten drei Monaten bereits über 300.000 ukrainische Staatsangehörige. Maßnahmen, wie die Umverteilung von Flüchtlingen nach Einwohnerzahl und wirtschaftlicher Stärke, stärkere finanzielle Anreize für Privathaushalte zur Aufnahme von Geflüchteten sowie die von der EU provisorisch zur Verfügung gestellten 25 Wohnmoduleinheiten für rund 50.000 Menschen, waren ausgeschöpft. Mithin schränkte die tschechische Regierung die Unterstützung schrittweise ein.

So beschränkte die „Lex Ukrajina 2“ von Juni 2022 die kostenlose Krankenversicherung auf 150 Tage und strich die monatliche finanzielle Unterstützung für Geflüchtete, die kostenlos untergebracht sind und gepflegt werden.⁵⁶ Die „Lex Ukrajina 4“ von Januar 2023 verpflichtete alle aus der Ukraine Geflüchteten mit einem vorübergehenden Schutzstatus dazu, sich innerhalb von zwei Monaten (30.01.–31.03.2023) elektronisch zu registrieren, um ihren Aufenthalt automatisch zu verlängern.⁵⁷ Die Registrierung beinhaltete eine automatische Terminvereinbarung bei der zuständigen Ausländerbehörde des Innenministeriums (OAMP MC) oder der Bezirksabteilung für die Hilfe für ukrainische Flüchtlinge (KAPCU⁵⁸), um sich bis zum 30. September 2023 einen Sichtvermerk im Pass abzuholen. Der vorübergehende Schutz ist erloschen, wenn keine Online-Registrierung stattgefunden hat und wird erlöschen, wenn bis zum

⁵⁰ <https://data.unhcr.org/en/situations/ukraine>, abgerufen am 18.07.2023.

⁵¹ <https://www.dw.com/de/ukrainische-fl%C3%BChtlinge-in-tschechien-das-integrationswunder/a-64993025>, abgerufen am 18.07.2023.

⁵² Chmelar, Kristina: Tschechien und die Fluchtmigration aus der Ukraine. Aus: MIDEM-Policy Brief. Ausgabe: 2022-1. Hrsg.: MIDEM Mercator Forum Migration und Demokratie

⁵³ Národní asistenční centrum pro pomoc Ukrajině

⁵⁴ Krajské asistenční centra pro pomoc Ukrajině

⁵⁵ https://ec.europa.eu/migrant-integration/library-document/czech-republic-lex-ukraine-law-package-enters-force_en, abgerufen am 18.07.2023.

⁵⁶ <https://deutsch.radio.cz/lex-ukrajina-2-tschechien-schraenkt-finanzielle-hilfe-fuer-ukrainische-8752192>

⁵⁷ <https://frs.gov.cz/docasna-ochrana/#3> und https://ec.europa.eu/migrant-integration/news/czech-republic-fourth-amendment-lex-ukraine-law-package_en, abgerufen am 18.07.2023.

⁵⁸ Krajské asistenční centrum pro uprchlíky z Ukrajiny

30. September 2023 kein Sichtvermerk im Pass bzw. im Visum eingetragen worden ist. Die fünfte Änderung der „Lex Ukrajina“, welche am 01. Juli 2023 in Kraft trat, begrenzte u. a. die kostenlose Unterbringung in einer staatlichen Einrichtung (Notunterkünfte) auf maximal 150 Tage und beschränkte die finanzielle Unterstützung von 200 Euro auf fünf Monate. Danach soll nur noch das Existenzminimum in Höhe von rund 130 Euro ausgezahlt werden.⁵⁹

Jedoch wirkte sich die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine positiv auf den tschechischen Arbeitsmarkt und die Volkswirtschaft aus. Mit rund 290.000 unbesetzten Stellen sind die Bedingungen für die Geflüchteten, eine Arbeit zu finden, gut. Hinzu kommt, dass die sprachliche Barriere geringer ist als in anderen EU-Ländern und die meisten Geflüchteten aus der Ukraine innerhalb eines Jahres die tschechische Sprache beherrschen. Ende März 2023 hatten insgesamt 97.120 aus der Ukraine Geflüchtete mit einem vorübergehenden Schutzstatus eine Arbeitsstelle.⁶⁰ Die Anzahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wäre noch höher, wenn Zeugnisse und Abschlüsse akzeptiert würden. Für die Anerkennung der Qualifikationen benötigen die Geflüchteten aber Papiere aus der Ukraine. Dies könnte ein noch nicht ausgeschöpftes Berufs- und Arbeitspotenzial für die Tschechische Republik darstellen.

Mehr Informationen zum Aufenthalt von aus der Ukraine Geflüchteten in der Tschechischen Republik finden Sie auf der Homepage des Ministeriums für Arbeit und Soziales – auch auf Englisch:

<https://frs.gov.cz/docasna-ochrana/>

Einblick

Wie neun weitere EU-Länder erhält auch die Tschechische Republik seit März 2022 finanzielle und strukturelle Unterstützung (Flüchtlingskoordination) über den Regional Refugee Response Plan (RRP) for the Ukraine Situation durch den UNHCR und zahlreiche Nichtregierungsorganisationen.⁶¹

Informationszentrum Asyl und Migration

Neuerwerbungen der Bibliothek

Ablehnung der Rückübernahme von Dublin-Rückkehrern: § 29 Abs. 1 Nr. 1, § 29 Abs. 1 Nr. 5, § 34a Abs. 1 Satz 1, § 78 Abs. 3 Nr. 1, § 78 Abs. 3 Nr. 2 AsylG / Nds. OVG. – 1 Online-Ressource. – In: Deutsches Verwaltungsblatt: DVBL. – (2023), Heft 12, Seite 748-750

Bast, Jürgen [u.a.]: Human rights challenges to European migration policy: the REMAP study. – Second, revised edition 2022. – Baden-Baden: Nomos, 2022. – 1 Online-Ressource (292 Seiten). – ISBN 978-3-7489-2674-0

Balaguera, Martha: Transasylum: sanctioning vulnerability and gender identity across the frontier. – 1 Online-Ressource (21 Seiten). – In: Ethnic and racial studies. – 46 (2023), Heft 9, Seite 1791-1811

Bratanova van Harten, Emiliya: Complementary pathways as "genuine and effective access to means of legal entry" in the reasoning of the European Court of Human Rights. – 1 Online-Ressource (26 Seiten). – In: European journal of migration and law. – 25 (2023), Heft 2, Seite 200-225

Di Iasio, Valentina; Wahba, Jackline: The determinants of refugees' destinations: Where do refugees locate within the EU? – April 2023. – Bonn: IZA, 2023. – 1 Online-Ressource (35 Seiten)

Engler, Anne-Marlen; Wiesmann, Martin: Die Wohnung ist manchmal verletzlich – Art. 13 GG in Erstaufnahmeeinrichtungen. – 1 Online-Ressource (6 Seiten). – In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht: NVwZ. – 42 (2023), Heft 12, Seite 881-886

Gölzer, Sarah: Die Absprache zwischen dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und den Kirchen zum Kirchenasyl: Voraussetzungen und Rechtswirkungen einer informellen Absprache zwischen Staat und Religionsgemeinschaften. – 1. Auflage. – Baden-Baden: Nomos, 2023. – 378 Seiten. – ISBN 978-3-7560-0588-8

Herker, Simon: Bleiberecht für Opfer von Hasskriminalität: Konzept, Analyse und Ausblick. – 1. Auflage 2022. – Baden-Baden: Nomos, 2022. – 1 Online-Ressource (362 Seiten). – ISBN 978-3-7489-3251-2

Hinterberger, Kevin Fredy: Regularisations of irregularly staying migrants in the EU: a comparative legal analysis of Austria, Germany and Spain. – 1st edition 2023. – Baden-Baden: Nomos; Baden-Baden: Hart Publishing, 2023. – 1 Online-Ressource (398 Seiten). – ISBN 978-3-7489-1279-8

⁵⁹ <https://frs.gov.cz/statni-humanitarni-ubytovani/>, abgerufen am 18.07.2023.

⁶⁰ https://eures.ec.europa.eu/living-and-working/labour-market-information/labour-market-information-czechia_en, abgerufen am 18.07.2023.

⁶¹ UNHCR (2023): Ukraine Situation: Regional Refugee Response Plan. January-December 2023.

Internment refugee camps: historical and contemporary perspectives. - Bielefeld : transcript, 2023. - 1 Online-Ressource (311 Seiten). - ISBN 978-3-8394-5927-0

Keil, Rainer: Hugo Grotius als Wegbereiter des Menschenrechts auf Asyl und des modernen Rechts zum Schutz geflüchteter Personen vor ernsthaftem Schaden. - Berlin: Duncker & Humblot, 2023. - 122 Seiten. - ISBN 978-3-428-18898-7

Klaus, Sebastian; Kolb, Holger: Beschäftigung nicht nur für Fachkräfte: das Gesetz und die Verordnung zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung. - In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik: ZAR. - 43 (2023), Heft 5-6, Seite 194-209

Kluth, Winfried: Unionsrechtliche Vorgaben für die Ausgestaltung des Visumantragsverfahrens zum Zweck der Familiennachzugs zu anerkannten Flüchtlingen in besonders gelagerten Fällen: Anmerkung zu EuGH Rs. 1/23 PPU. - In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik: ZAR. - 43 (2023), Heft 5-6, Seite 212-215

Kluth, Winfried; Junghans, Jakob: Die kommunale Unterbringung von Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften missachtet ihre Rechte und verhindert ein effektives Migrationsmanagement. - In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik: ZAR. - 43 (2023), Heft 5-6, Seite 209-212

Linden, Meta van der [u.a.]: The pains and gains of reception centres: how length of stay in reception centres is associated with Syrian refugees' mental health during early resettlement. - 1 Online-Ressource (13 Seiten): 1 Diagramm. - In: International migration : quarterly review / International Organization for Migration. - 61 (2023), Heft 3, Seite 301-313 Seiten

Loxa, Alezini: Complementary pathways: pledging protection at the edges of EU law. - 1 Online-Ressource (23 Seiten). - In: European journal of migration and law. - 25 (2023), Heft 2, Seite 226-248

Maciejewski, Linda; Harder, Niklas: Überqualifiziert und un(ter)beschäftigt: Potenziale nachziehender Partner*innen für den deutschen Arbeitsmarkt. - 24. Februar 2022. - Berlin: DeZIM, 2022. - 1 Online-Ressource (16 Seiten). - ISBN 978-3-948289-16-4

Marx, Reinhard: Aufenthalts-, Asyl- und Flüchtlingsrecht: Handbuch. - 8. Auflage. - Baden-Baden: Nomos, 2023. - 1357 Seiten. - ISBN 978-3-8487-7448-7

Pierdicca, Marika: Mobil-Sein in der EU?! Zwangsmobilisierende Strategien des Migrationsregimes. - 1 Online-Ressource (18 Seiten). - In: Movements: Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung. - 7 (2023), Heft 1, Seite [77]-93

Prantl, Janine: The legal framework for refugee settlement to the European Union with lessons from the American model. - 1st edition 2023. - Baden-Baden: Nomos, 2023. - 1 Online-Ressource (359 Seiten). - ISBN 978-3-7489-3470-7

Thränhardt, Dietrich: With open arms - the cooperative reception of Ukrainian war refugees in Europe: an alternative to the asylum regime?. - March 2023. - Berlin: FES, 2023. - 1 Online-Ressource (42 Seiten). - ISBN 978-3-98628-368-1

Tschalaer, Mengia: Queering migration temporalities: LGBTQI+ experiences with waiting within Germany's asylum system. - 1 Online-Ressource (21 Seiten). - In: Ethnic and racial studies. - 46 (2023), Heft 9, Seite 1833-1853

Unzumutbarkeit der Passbeschaffung bei Erfordernis einer "Reueerklärung": §§ 5, 6, 9 AufenthV; § 48 Abs. 3 und 4, § 95 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG; §§ 4, 72 Abs. 1 Nr. 1, § 73b AsylG; Art. 3, 25 Abs. 1 und 2 RL 2011/95/EU; Art. 2 Abs. 1 GG; Art. 3 EMRK; Art. 2 Zusatzprotokoll Nr. 4 zur EMRK; Art. 28 GFK; BVerwG, Urt. v. 11.10.2022 - 1 C 9.21 / BVerwG. - 1 Online-Ressource. - In: Deutsches Verwaltungsblatt: DVBL. - [138] (2023), Heft 6, Seite 344-349

Uznanski, Julia: Die Fachkräftesäule des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung - "good on paper"? - In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik: ZAR. - 43 (2023), Heft 5-6, Seite 187-194

Wagner, Ulrich: Rechtsfragen der Teilnahme an einem Integrationskurs nach §§ 43 ff. AufenthG. - 1 Online-Ressource (6 Seiten). - In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik: ZAR. - 43 (2023), Heft 4, Seite 147-152

Zhelyazkova, Asya: Do EU policies constrain government autonomy? insights from the implementation of EU migration policies. - 1 Online-Ressource (24 Seiten). - In: West European politics. - (2023)

Impressum

ISSN 2940-7001

Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
90461 Nürnberg

Stand

07/2023

Druck

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Gestaltung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Bildnachweis


iStockphoto

Bestellmöglichkeit

Referat Informationsvermittlung/Länder- und Rechtsdokumentation,
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg
E-Mail: [e-brief\(at\)bamf.bund.de](mailto:e-brief(at)bamf.bund.de)
<https://milo.bamf.de>
Sie können diese Publikation auch als barrierefreies PDF-Dokument herunterladen
unter: www.bamf.de/publikationen

Die Publikation wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags-, und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Besuchen Sie uns auf

 www.facebook.com/bamf.socialmedia

 [@BAMF_Dialog](https://twitter.com/BAMF_Dialog)

www.bamf.de

